Persönliche Kopie vom 04.09.2023 / Ruedi Rüttimann

Das Wallis verspielt den Vorsprung

Ausgelöst wurde der Solarboom in den Bergen im Wallis. Doch jetzt stellt eine Grundsatzabstimmung den erhofften Goldrausch infrage. Unterdessen herrscht im Kanton Bern Aufbruchstimmung.

Stefan Bühler

Der Schub kam aus dem Oberwallis, von Peter Bodenmann, Hotelier in Brig und ehemaliger SP-Präsident: Zur Bewältigung der Energiekrise brauche es grosse alpine Solaranlagen, wie sie in Gondo und Grengiols geplant seien, forderte er. Als das Bundesparlament im August 2022 den Solarexpress auf die Schiene brachte, jubelte er: «Jetzt kommt der Goldrausch!»

Doch jetzt, fast auf den Tag ein Jahr später, lässt dieser Goldrausch im Wallis noch immer auf sich warten. Zwar sind auch hier über ein Dutzend Projekte in Vorbereitung. Doch das einst riesige Vorzeigeprojekt von Grengiols ist geschmolzen wie Schnee an der Sonne: Es fehlt an Infrastruktur, die Leitungen für den Solarstrom sind knapp. Und zu allem Ungemach stellt sich in einer Woche die Frage, ob das Wallis ganz aus dem Solarexpress aussteigt – und auf den Bummler umsteigt.

Das Stimmvolk stimmt am 10. September über das Solardekret ab, mit dem das kantonale Parlament den Bau der alpinen Solarparks beschleunigen wollte. Doch Pro Natura und die Grünen haben das Referendum ergriffen. Ihr Slogan: «Solarpanels auf die Dächer, nicht in die Natur.» Die Wortwahl zeigt: Obwohl es in der Sache bloss um die im Dekret geregelten Verfahrensfragen geht, handelt es sich um eine Grundsatzabstimmung – für oder gegen alpine Fotovoltaik.

Beide Seiten setzen in der Kampagne Zehntausende Franken ein. «Es wird knapp», schreibt der «Walliser Bote». Auch, weil die SVP Unterwallis die Nein-Kampagne unterstützt. Sie sagt sinngemäss: Weil die Städter im Mittelland keine AKW wollen, werden die Berge mit Solarpanels zugestellt.

Stimmt das Wallis Nein, dürften die Bewilligungsverfahren mehr Zeit in Anspruch nehmen als der Solarexpress erlaubt: Bis Ende 2025 müssen mindestens 10 Prozent der riesigen Anlagen am Netz sein, wollen sie von den Ausnahmen und grosszügigen Subventionen profitieren, die das Bundesparlament beschlossen hat.

«Der schnellste Kanton»

Derweil herrscht ennet des Lötschbergs Aufbruchstimmung. «Wir Berner haben den Ruf, langsam zu sein», sagt Regierungsrat Christoph Ammann (SP) am Donnerstagnachmittag: «Ich kann Ihnen versichern, Bern ist beim Solarexpress der schnellste Kanton.» Der Energiedirektor steht bei seiner Ansprache auf einem Aebi-Transporter am Hornberg, Gemeinde Saanen, 1800 Meter über Meer. Hinter ihm ragen Solarpanels in die Höhe, vor ihm steht die versammelte Solar-Lobby des Kantons.

Die erste im Kanton Bern: Aufbau einer Pilot-Solaranlage auf dem Hornberg in Saanenmöser. BILD ZVG

Anlass der Versammlung ist die Einweihung einer Pilotanlage des Projekts SolSarine. Jürg Grossen, Präsident von Swissolar und der GLP Schweiz, erklärt: «Das ist ein historischer Tag.» Sein Nationalratskollege aus Gstaad, Erich von Siebenthal (SVP), sagt an die Adresse der Bergbauern, dass man den Bau wagen dürfe. Das Vieh kann auch in Zukunft auf die Weiden – angenehm beschattet von den Solarpanels. Und Regierungsrat Ammann kündet am Ende seiner Rede an, Bern werde bis Ende 2025 «sechs bis neun alpine Fotovoltaikanlagen am Netz haben». Optimismus pur. Blockade im Wallis, Aufbruch in Bern: Was hat Ammann richtig gemacht – und was ist im Wallis schiefgelaufen?

In Bern haben die zuständigen Ämter selber eine Liste ausgearbeitet mit geeigneten Standorten für alpine Solarparks. Schutzgebiete werden geschont, die Anlagen sollen möglichst in touristisch genutzte, mit Strassen erschlossene Gebiete kommen. Und sie werden dort gebaut, wo die Stromleitungen schon genug Kapazitäten haben. Denn ein Ausbau der Leitungen wäre bis Ende 2025 gar nicht möglich.

«Entscheidend ist die Wahl des Standorts.»

Kurt Eichenberger
WWF

Vor allem aber hat der Kanton Bern alle Interessengruppen am runden Tisch zusammengebracht: Die Initianten der zunächst über 30 Projekte, dazu Fachstellen – und die Umweltverbände. Kurt Eichenberger begleitet den Prozess im Auftrag des WWF. «Natürlich hätten auch wir die Panels lieber auf den Dächern als in der Landschaft», sagt er. Doch in Bern sei es für die Umweltverbände möglich mitzureden, bevor etwas grundsätzlich schiefläuft. So habe der WWF wie der Kanton selber eine Liste möglicher Standorte ausgearbeitet – «und es gibt gewisse Überschneidungen».

Dass aber neun grosse Anlagen im Kanton Bern bis 2025 stehen, wie vom SP-Regierungsrat erhofft, bezweifelt der WWF-Vertreter. Man habe sich trotz rundem Tisch vorbehalten, nötigenfalls Einsprachen zu erheben. «Aber gegen ein halbes Dutzend Projekte dürften aufgrund unserer ersten Beurteilung realisierbar sein», sagt Eichenberger. «Entscheidend ist die Wahl des Standorts», erklärt er, «und es gibt vorbelastete Gebiete, die wir als geeignet ansehen. Abschliessend beurteilen können wir das, wenn die Umweltverträglichkeitsberichte vorliegen.»

Das partizipative Vorgehen in Bern wurde im Wallis wahrgenommen. Brigitte Wolf, Kopräsidentin der Grünen im Wallis, hat mehrfach darauf hingewiesen. «Bei uns im Wallis geht niemand auf die Umweltverbände zu», sagt die Nationalratskandidatin, «mir ist kein Projekt bekannt, bei dem eine Schutzorganisation einbezogen worden ist». Es gebe im Dekret keine ökologischen Kriterien für den Bau der Anlagen: «Dass der Staatsrat ein Projekt aus Rücksicht auf die Umwelt auch ablehnen könnte, ist nicht vorgesehen.» Sage das Volk Nein zum Dekret, kehre der Kanton zurück zum normalen Bewilligungsverfahren. Das sei keine Absage an alpine Solarparks: «Am Nufenen hat es Windturbinen, Leitungen und Strassen, hier würde ich einen Solarpark nicht ausschliessen», sagt Wolf, «wir hätten dann dort eine Energielandschaft.»

Sechsmal Ja in Graubünden

Im dritten grossen Bergkanton herrscht weder Walliser Getümmel noch Berner Selbstzufriedenheit. Graubünden plant die Solarparks nach seinen eigenen Regeln. Hier sind zunächst die Standortgemeinden am Zug. Bereits haben fünf Kommunen Ja gesagt. «Wir kommen planmässig vorwärts», sagt Richard Atzmüller, Leiter des Amts für Raumentwicklung des Kantons.

In Tujetsch, Disentis, Samedan, Laax und Poschiavo steht das Volk hinter den Solarplänen. Mitunter fallen die Entscheide knapp, wie vor wenigen Tagen in Poschiavo: Gegen das Solarprojekt am Berninapass mobilisierten Naturschützer. Sie kritisierten, die Anlage direkt neben der Bahnlinie würde das Unesco-geschützte Welterbe beschädigen. Trotzdem sagten zuletzt 53 Prozent Ja zum Bernina-Projekt.

Doch sobald die Baugesuche eingereicht sind, haben die Umweltverbände die nächste Gelegenheit, sich einzubringen. Und zuletzt bleibt ihnen der Gang vor die Gerichte, wie überall in der Schweiz. Doch Stand heute sei die Akzeptanz der alpinen Fotovoltaik vergleichsweise gross, sagt Atzmüller: «Ich stelle keinen Aufschrei fest, wie wir das hatten, als wir den Richtplan für die Windkraft veröffentlichten.»

Beratung für zerstrittene Eltern

Sind die Eltern nach einer Trennung zerstritten, leiden Kinder stark darunter. Ein neues Projekt soll Linderung bringen. Durch eine Beratung sollen die Eltern eine tragfähige Lösung zugunsten ihrer Kinder finden – und die Kesb und die Gerichte entlasten.

Kari Kälin

Die Übergabe ist für den sechsjährigen Buben eine Belastung. Die Mutter lässt ihn auf dem Spielplatz alleine warten, bis der Vater übernimmt. Auch der Vater geht der Mutter konsequent aus dem Weg. Das Beispiel, das die Berner Oberrichterin Anastasia Falkner am Freitag während einer Pressekonferenz über das Pilotprojekt «Zentrum für Trennung in Familien» erläuterte, stammt aus ihrem Berufsalltag. Bei der Kindsbefragung äusserte der Bub seinen grössten Wunsch: «Mama und Papa sollen sich wieder Hallo sagen.»

In der Schweiz sind jedes Jahr neu fast 30 000 Kinder von der Trennung ihrer Eltern betroffen. In Hunderten Fällen müssen die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (Kesb) und die Gerichte intervenieren, weil die Eltern hochzerstritten sind – zum Beispiel, weil sich Vater und Mutter partout nicht über die Obhut oder das Besuchsrecht einigen, Vermittlungsvorschläge der Beistände torpedieren, Anwälte einschalten und alle Hebel in Gang setzen, um die Behörden auf ihre Seite zu ziehen.

«Viele der Betroffenen sind im freien Fall und haben die Kontrolle über sich verloren. Ein Mittel, um den anderen Elternteil zu verletzen, ist das Kind», sagt Kescha-Präsident Guido Fluri. Die Kescha ist eine Anlaufstelle für Menschen, die mit Behördenentscheiden unzufrieden sind. Fluri, schweizweit bekannt für seinen Einsatz zugunsten von Verdingkindern, sagt: «Die grösste Gruppe, die Unterstützung sucht, sind dauerhaft zerstrittene Mütter und Väter, die dafür aber die Kesb und die Gerichte verantwortlich machen.» Bei diesem Tunnelblick bleibt das Kindeswohl auf der Strecke. Dabei wünschen sich viele Kinder sehnlichst, dass ihre Eltern aufhören, sich zu bekriegen.

Laut Fluri gelingt es der Kescha, in zwei von drei Fällen eine Lösung herbeizuführen. Jetzt hofft er, dass seine Anlaufstelle bald ersetzt wird durch eine institutionelle Lösung. Zu diesem Zweck läuft derzeit ein auf zwei Jahre befristetes Pilotprojekt in der Stadt Bern. Geht es nach Fluri, wird es später schweizweit ausgerollt und macht die Kescha überflüssig – falls das Projekt erfolgreich verläuft.

Eltern sollen sich zusammenraufen

Um was geht es? Eine breite Trägerschaft um die Guido-Fluri-Stiftung und zahlreiche Kindesschutzexpertinnen hat den Verein Zentrum für Familien in Trennung (Zfit) gegründet. Der Verein hat vom Bundesamt für Justiz eine Sondergenehmigung erhalten, geniesst den Support des Kantons Bern und ist schon operativ tätig. Das Ziel lautet, die Konflikte von hochzerstrittenen Eltern zu entschärften, bevor die Kesb eine Verfügung erlassen oder ein Gericht einen Entscheid fällen muss. Mit anderen Worten: Auch wenn sie als Paar nicht mehr funktionieren, sollen sich Väter und Mütter zusammenraufen und eine tragfähige Lösung zugunsten ihrer Kinder finden. Zu diesem Zweck können die Behörden eine obligatorische Beratung anordnen, zu der Eltern zu sechs gemeinsamen Sitzungen innert vier Monaten aufkreuzen müssen. Die Kinder werden altersgerecht in die Beratung einbezogen. Das Beratungsteam besteht aus Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern des Amts für Erwachsenen- und Kindesschutz der Stadt Bern sowie psychologischen Fachpersonen der Universitätsklinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie und Psychotherapie Bern. Verfehlt die angeordnete Beratung ihr Ziel, liegt der Ball wieder bei der Kesb oder dem Gericht.

Die Berner Justizdirektorin Evi Allemann (SP) zeigte sich zuversichtlich, dass das neue Zentrum einen Beitrag leistet, um die Situation von Familien in Trennung zu verbessern. Die Universität Freiburg wird das Verfahren wissenschaftlich begleiten und auswerten. Gemäss Guido Fluri haben die Kantone Zug und St. Gallen bereits Interesse signalisiert an dem Berner Modell. Übrigens: Für die öffentliche Hand fallen keine zusätzlichen Kosten an. Sie werden von der Guido-Fluri-Stiftung getragen.

Bloss: Weshalb braucht es eine neue Institution, wenn sich bereits Kesb und Gerichte mit zutiefst verkrachten Eltern abmühen? «Richter sind nicht Psychologen. Eine Familie in einem halben Tag wieder auf Kurs zu bringen, ist schwierig», sagt Richterin Falkner. Die Kesb verfüge zwar über die nötigen Fachpersonen, sei aber keine Beratungsstelle und habe dafür auch nicht genügend Zeit und Personal, sagt Charlotte Christener, Präsidentin der Stadtberner Kesb.

Eine einvernehmliche Lösung zwischen den Eltern ist zentral für das Kindeswohl. Die Berner Kinderpsychiaterin Katrin Klein sagte: «Lang anhaltender Streit in Familien gilt als Risikofaktor für Befindlichkeit, Gesundheit und kindliche Entwicklung.»